

und Publizisten besser in den säkularen Publikationsmitteln ihrer Aufgabe in Information und Meinungsbildung gerecht werden.

Die Kommissionen für „Priester“ und „Priesterausbildung“ wagten es offensichtlich nicht, aus dem Wissen um die permanente Krise in den Seminarien, dem anhaltenden Mangel an Priesterberufen und den zunehmenden Laisierungsgesuchen, realistische Folgerungen zu ziehen. Über pädagogisch-methodische Ratschläge kommen die Vorschläge zur Reform der Priesterausbildung nicht hinaus. An Strukturen und Lehrinhalten wurde nicht gerüttelt.

Den Priestern, die ihr Amt aufgegeben haben, sagt die lateinamerikanische Bischofskonferenz, sie würden weiterhin „wie Brüder geachtet und wie Söhne geliebt“. In letzter Instanz komme nur Gott ein Urteil zu. Diese Priester sollten wissen, daß die Bischöfe bereit sind, ihnen mit allen vorhandenen Mitteln zu helfen, „damit sie das sichtbare Band der Einheit mit der Kirche Christi bewahren oder wiedergewinnen“.

Eines der wichtigsten Dokumente der Medelliner Konferenz ist das über „Die Armut der Kirche“. Es wurde unter Leitung des Erzbischofs von Cuzco (Perú), R. Durand, erarbeitet. In Lateinamerika, heißt es darin, sei heute bereits die Tatsache ein Ärgernis, daß Bischöfe, Weltpriester und Ordensleute das Lebensnotwendige und eine gewisse Sicherheit haben, während den Massen der Armen das Unerläßliche fehlt. Die „Armut so vieler Brüder schreit nach Gerechtigkeit, Solidarität, Zeugnis, Verpflichtung, Anstrengung und Überwindung, damit voll die rettende Mission der Kirche sichtbar wird“. Die Armut leben bedeute, die Probleme und die Kämpfe des Volkes zu den Problemen und Kämpfen der Kirche zu machen. Das „Armutzeugnis“ der Kirche verlange nach Konkretion: „Wir wünschen, daß unsere Wohnung und unser Lebensstil bescheiden ist, unsere Kleidung einfach, unsere Werke und Institutionen funktionell, ohne Apparat, ohne Schaustellung. Wir bitten Priester und Gläubige, daß sie

uns behandeln, wie es unserer Aufgabe als Hirten entspricht; darum möchten wir auf alle Ehrentitel verzichten, die einer anderen Epoche angehören. Mit der Hilfe des ganzen Volkes Gottes hoffen wir, das System der kirchlichen Gebührenordnung zu überwinden und es durch andere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu ersetzen, die nicht an die Verwaltung der Sakramente gebunden sind. Die Verwaltung der Diözesan- und Pfarrgüter soll kompetenten Laien übertragen werden und ausgerichtet sein auf den Gebrauch zum Wohl der ganzen Gemeinde.

Wir ermuntern die Priester, auch das Zeugnis der Armut und des Verzichts auf materielle Güter zu geben, so wie es schon Priester in einigen ländlichen Regionen und Armenvierteln tun.

Wir ermutigen jene Priester, die sich berufen fühlen, ganz das Schicksal der Armen zu teilen, mit ihnen zu leben und wie sie zu arbeiten.

Die Schwesterngemeinschaften sollen ein besonderes Zeugnis der christlichen Armut geben. Wir spornen besonders jene an, die sich gerufen fühlen, aus ihren Mitgliedern kleine Kommunitäten zu formen, die sich wirklich in den Armenmilieus integrieren.

Wir erwarten auch, daß die Ordensgemeinschaften ihre Güter immer mehr und besser den Notleidenden zur Verfügung stellen, mit ihnen nicht nur den Überfluß teilen, sondern auch das Lebensnotwendige und die Häuser und Instrumente ihrer Arbeit in den Dienst der menschlichen Gemeinschaft stellen. Eine sorgfältige Unterscheidung zwischen dem, was der Ordensgemeinschaft zukommt, und dem, was zur Verwirklichung der Arbeit gebraucht wird, erlaubt leichter eine Realisierung all dessen. Außerdem werden dadurch neue Formen für die Werke gesucht, in denen andere Mitglieder der christlichen Gemeinschaft teilhaben an Administration und Eigentum.

Eine ernsthafte Bekehrung muß die individualistische Mentalität wandeln zu einem wahrhaft sozialen Sinn und zum Einsatz für das Gemeinwohl.“

Aktuelle Probleme der Politik der SED

Nach der Verkündung der neuen sozialistischen Verfassung der DDR (8. April 1968) traten — wie es vor allem auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED (6. bis 8. Juni 1968) sichtbar wurde — zwei Schwerpunkte hervor: Festigung der ideologisch-politischen Position der Partei gegenüber revisionistischen und nationalkommunistischen Einflüssen aus der ČSSR und die Anpassung der wirtschaftlichen Planungs- und Führungsmethoden an ein dynamisches Wirtschaftsgeschehen. Die SED-Führung ist gegenwärtig offenbar davon überzeugt, daß die Lösung der beiden Schwerpunktaufgaben die wichtigsten Maßnahmen zur Stabilisierung der Herrschaft der SED sind. Obwohl der Kampf gegen Liberalisierungstendenzen in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der Anti-Prag-Kampagne stark in den Vordergrund getreten ist, wurden die wirtschaftlichen Anstrengungen keineswegs verringert. Im Gegenteil, durch gesteigerte Aktivität auf diesem Sektor sollte gewissermaßen in der alltäglichen Arbeit der Parteiorganisationen die Flucht nach vorn angetreten und von einer breiten freimütigen Diskussion der Vorgänge in der ČSSR abgelenkt werden.

Bereits kurz nach Verkündung der neuen Verfassung faßte der Staatsrat der DDR auf seiner 8. Sitzung am 22. April 1968 einen sehr bedeutsamen Beschluß zur Weiterentwicklung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Zur Vorbereitung auf diese Sitzung hatte der Volkskammerausschuß für Industrie, Bauwesen und Verkehr seit September 1967 unter der unmittelbaren Leitung seines Vorsitzenden, des Politbüromitglieds G. Mittag, Untersuchungen über den Stand der wirtschaftlichen Reformmaßnahmen und der wirtschaftlichen Führungstätigkeit in einigen Ministerien, örtlichen Räten, VVB (Vereinigungen Volkseigener Betriebe) und Betrieben durchgeführt. Der Volkskammerausschuß bildete Kommissionen und Arbeitsgruppen, in denen neben den Abgeordneten anderer Volkskammerausschüsse auch 75 Wissenschaftler und Wirtschaftspraktiker zur Mitarbeit herangezogen wurden.

Aus den bisher veröffentlichten Reden dieser Staatsrats-tagung, der 6. Plenartagung des Zentralkomitees sowie der 9. Sitzung der Volkskammer (11. Juni 1968) geht hervor, daß insbesondere in der chemischen Industrie,

im Werkzeugmaschinenbau und im Bauwesen in verschiedenen Bereichen, z. B. Arbeitsproduktivität und Investitionseffektivität, internationale Vergleichswerte noch nicht erreicht worden sind. Im einzelnen wurden kritisiert:

a) die mangelhafte Berücksichtigung der im Wirtschaftswachstum auftretenden Strukturveränderungen durch die zentrale Planung; b) die unnötige Belastung der betrieblichen Planung durch die großen Informationsanforderungen der übergeordneten Wirtschaftsorgane und die häufig deklarierten Planänderungen; c) das teilweise niedrigere Niveau und die Zersplitterung der Forschung; d) die mangelnde Anpassung der Betriebe und VVB an Marktveränderungen infolge zu starrer Jahrespläne; e) die unzureichende oder teilweise sogar fehlende betriebliche Kostenrechnung als Basis für Preiskalkulation und Rentabilitätsanalysen; f) das zu langsame Tempo bei der Einführung moderner Methoden der Betriebsleitung durch die Wirtschaftskader.

Auf der Grundlage der Untersuchung der Ausschüsse und Kommissionen legte der Staatsrat folgende Maßnahmen zu drei Komplexen fest: 1. zur Durchführung einer volkswirtschaftlich relevanten Strukturpolitik; 2. zur Veränderung der zentralen Planung, damit die volkswirtschaftlichen Grundfragen ökonomisch wirksamer gelöst werden können; 3. zur Erhöhung der eigenverantwortlichen ökonomischen Disponibilität der Betriebe und VVB.

Im Zusammenhang damit wurde die verstärkte Anwendung einer exakten Kostenrechnung und der allmähliche Übergang zum fondsbezogenen Industriepreis gefordert. Die Selbständigkeit aller sozialistischen Betriebe soll beträchtlich ausgeweitet werden.

Künftig werden relativ weitreichende Veränderungen des Planungssystems eingeführt, damit VVB und Betriebe ihre Sortimente auf strukturbestimmende Erzeugnisse konzentrieren können. Die allgemeine technisch-wirtschaftliche Entwicklung verlangt eine kontinuierliche Überarbeitung der Planungs- und Leitungsinstrumente. Durch ein neues Verhältnis zwischen Perspektivplänen und kurzfristigen Plänen und durch ergebnisgebundene Planung soll eine Verbesserung der Planung sowie die Entwicklung einer Prognosetätigkeit von der zentralen bis zur betrieblichen Ebene erreicht werden.

Die SED-Führung will mit diesen Verbesserungen die sozialistische Ökonomie stimulieren und die industriell-technische Revolution beträchtlich vorantreiben. Der tendenziell systemindifferente technische Fortschritt mit dem ihn kennzeichnenden und sich durch ihn vergrößern Sachwissen soll in der Produktion unmittelbar so umgesetzt werden, daß eine kontinuierliche Anhebung des Lebensstandards als Beweis für die Funktionstüchtigkeit des sozialistischen Systems erreicht wird.

Unter direkter Leitung des Ministerrats haben für 17 volkswirtschaftliche Komplexe ständige Arbeitsgruppen ihre Führungstätigkeit aufgenommen, um eine prognostisch abgesicherte wirtschaftliche Strukturpolitik zu ermöglichen. Bisher wurden bereits über 2000 Wissenschaftler, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre in die Arbeit der Prognosegruppen einbezogen.

Unzweifelhaft sind die vorstehend angedeuteten Maßnahmen bedeutsame Reformen. Die SED-Führung strebt danach, im Wirtschaftsbereich diese Reformen unter verstärkter Einbeziehung des Sachverständigen der Wissenschaftler, Techniker, Manager und Arbeiter durchzusetzen und dabei den Eindruck echter demokratischer

Mitbestimmung (Losung: Mitdenken, Mitplanen, Mitregieren) bei den Arbeitnehmern zu wecken.

Während die SED-Führung im wirtschaftlichen Bereich bedeutsame Reformen auf wichtigen Teilgebieten mit dem Ziel der Festigung ihrer Herrschaft veranlaßte, entwickelte sie gleichzeitig vor allem wegen der Vorgänge in der ČSSR und deren möglichen Auswirkungen auf die DDR intensive politisch-ideologische Abwehrreaktionen gegen revisionistische und nationalkommunistische Tendenzen. Während die SED-Führung auf wirtschaftlichem Gebiet nützliche Zugeständnisse machte, beharrte sie im politisch-ideologischen Bereich fest auf den bisherigen — in Prag zunächst gelockerten — wenig flexiblen Grundsätzen. Bei der nach Inkraftsetzung der Verfassung eingeleiteten Hochschulreform z. B. handelt es sich nur zum Teil um Sachreformen, denn ihr erklärtes Ziel ist, die Führungsrolle der SED an den Hochschulen zu festigen und auszubauen und zugleich die parteiliche Erziehung der Wissenschaftskader zu verstärken.

Als erste Abwehrreaktion gegen die Prager Einflüsse wurde die Verfassungsdiskussion vorzeitig beendet und kurzfristig ein Volksentscheid über die neue Verfassung angesetzt, um die Verhältnisse durch ein eindeutiges Vertrauensplebiszit zu stabilisieren und revisionistischen und nationalkommunistischen Forderungen bei der legalen Verfassungsdiskussion aus dem Wege zu gehen. Die Grundfragen der neuen sozialistischen Verfassung sollten rasch verbindlich entschieden sein. Unmittelbar nach der Verabschiedung der neuen Verfassung wurde dann — wie schon angedeutet — die Aufmerksamkeit der meisten Parteiorganisationen auf wirtschaftliche Aufgaben gelenkt, neue Maßnahmen zur Durchsetzung eines einheitlichen Systems der Bildung und Erziehung festgelegt und neue Paß- und Visa Bestimmungen sowie Abgaberegungen im innerdeutschen Verkehr eingeführt.

Deutlich defensive Töne

Die „Einführung der Paß- und Visapflicht im Reise- und Transitverkehr von und nach Westdeutschland und Westberlin sowie weitere Maßnahmen zur Zurückdrängung der völkerrechtswidrigen Alleinvertretungsanmaßung der herrschenden Kreise Westdeutschlands“ durch die Volkskammer am 11. Juni 1968 muß man wohl als Entgegnung auf die vom Spannungsgedanken getragene neue deutsche Ostpolitik werten. Die Parteiführungen in Moskau und Ostberlin wollten durch diese Maßnahme demonstrieren, daß ihnen der Wind des Wandels, der aus Prag herüberwehte, nichts anhaben kann. Um ein Gegengewicht gegen Liberalisierung- und Auflockerungstendenzen zu schaffen, strafften sie im Innern die ideologischen Zügel und schufen neue harte Fakten in der Deutschlandpolitik.

Durch die neuen Maßnahmen ist für die Bundesrepublik das Bekenntnis zu Westberlin teurer geworden. Noch mehr Bundeszuschüsse sind erforderlich, um die Lebensfähigkeit Westberlins zu erhalten. Die DDR kann dagegen mit jährlichen Mehreinnahmen von ca. 130 Millionen Westmark rechnen. Darüber hinaus hat die erfolgreiche Durchsetzung dieser Maßnahme unzweifelhaft, auf lange Sicht gesehen, negative psychologische Auswirkungen. Tagtäglich wird Tausenden von Menschen bei der Unterzeichnung der Visaanträge und der Zahlung der Gebühren die reale Existenz und volle Souveränität der DDR vor Augen geführt.

Durch die neuen Maßnahmen soll wirkungsvoll die

Zwei-Staaten-Theorie im täglichen Leben zur Geltung kommen und der Anschein erweckt werden, daß die bisherige Deutschlandpolitik der Bundesregierung endgültig gescheitert sei und daß niemand in der Lage ist, die DDR an der Ausübung ihrer Souveränitätsrechte zu hindern. Darüber hinaus wurde auch darauf spekuliert, daß sich auf Grund der Ostberliner Maßnahmen die Gegner der neuen Ostpolitik stärker formieren und die Fortsetzung derselben erschweren. Darüber hinaus sollte wohl auch der Unterschied zwischen deutschen und alliierten Interessen deutlich sichtbar werden.

Wenn es der Sowjetunion und der DDR gelungen wäre, die Bundesregierung zum Übergang zu einer weniger flexiblen Ostpolitik zu veranlassen, so wäre ein wichtiges Ziel erreicht worden. Bei einer allgemeinen Verschärfung der Spannungen zwischen Ost und West würden die Reformkommunisten allerorts durch den Entwicklungstrend in die Isolierung geraten und eine neuerliche Gleichschaltung des Ostblocks wäre leichter durchzusetzen. „Die Zeit“ (14. 6. 68) stellte dazu fest: „Wir täten ihnen keinen größeren Gefallen, als wenn wir nun selber zum Kalten Krieg zurückkehrten. Es kommt darauf an, nicht nur Politik gegen Ulbricht zu machen, sondern vielmehr Politik für einen Ost-Berliner Dubček — falls, ja *damit* es ihn eines Tages gibt.“

Auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED (6. bis 8. Juni 1968) wurde insbesondere in der Rede des mutmaßlichen künftigen SED-Chefs Erich Honecker allen Liberalisierungs- und Auflockerungstendenzen eine eindeutige Absage erteilt. Honecker stellte (unter deutlicher Anspielung auf Prag) fest, daß alle Revisionisten und Anhänger einer Liberalisierung zunächst die führende Rolle der Partei untergraben wollen, um damit eines der wichtigsten Fundamente der sozialistischen Ordnung zu zerstören.

Die Festigung der Führungsrolle der SED wurde zur wichtigsten innerparteilichen Aufgabe erklärt. Honecker verteidigte die Führungsposition der Partei u. a. mit folgenden Worten:

„Die Partei realisiert die objektive Notwendigkeit der Führung der gesellschaftlichen Prozesse. Wer rät, darauf zu verzichten, der rät, den gesellschaftlichen Fortschritt aufzugeben. So wie sich in der Geschichte jede führende Klasse ihre politische Repräsentanz und Führungskraft geschaffen hat, so verhält es sich auch bei der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Der sehr wesentliche Unterschied besteht aber darin, daß die Arbeiterklasse als größter und revolutionärster Teil des Volkes stets die gesamten Volksinteressen am konsequentesten zum Ausdruck bringt. Was soll also das Gerede von einer Trennung der Partei von der Macht, einer Trennung von der Leitung des Staates, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur. Das alles bedeutet nichts anderes als einen Angriff auf die Fundamente des Sozialismus...“

Auch mögliche Versuche einer Entideologisierung wurden abgewiesen. Die unversöhnliche ideologische Auseinandersetzung gegen die Unterminierung der sozialistischen Länder und Parteien wurde gefordert.

In den Wochen nach der 6. Plenartagung des SED-Zentralkomitees wurden in zahlreichen Artikeln die Konzeption vom „Dritten Weg“ zerpfückt und die dogmatischen Prinzipien der sozialistischen Umgestaltung detailliert erläutert, wobei in zunehmendem Maße direkt auf die Gefahren der Entwicklung in der ČSSR hingewiesen wurde. Mit aller Deutlichkeit wurde in den Reden der Parteiführer und in der Erklärung des Staatsrates vom 21. Juni 1968 die „Verführung des Ost-

blocks“ als neue psychologische Kampftaktik der Imperialisten angeprangert. Die SED betrieb aus starkem Eigeninteresse die Kampagne gegen Prag. Die bisherigen vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zur ČSSR zwischen Betrieben, Hochschulen, Verlagen, Theatern usw. mußten auf Weisung des SED-Zentralkomitees weitgehend eingestellt bzw. beträchtlich eingeschränkt werden. Während der Reiseverkehr einfacher DDR-Bürger in die ČSSR gedrosselt wurde, erhielten verschiedene SED-Mitglieder Parteiaufträge zu Agitationsbesuchen, um bestimmte Personengruppen in der ČSSR auf die Gefahren des Reformkurses aufmerksam zu machen. Austauschstudenten aus der ČSSR wurden ermahnt, jede Propaganda und Information über die Vorgänge in der ČSSR zu unterlassen. Die Führung der SED war ebenso wie die sowjetische Parteiführung in Sorge, daß im Innern der ČSSR durch Schmälerung der Führungsrolle der KPČ, durch die Zulassung anderer unabhängiger Parteien (z. B. der Sozialdemokratie) und Gewährung voller Pressefreiheit nicht nur der ideologischen, sondern der machtpolitischen Aufweichung Tür und Tor geöffnet wird und dies zu einem Ausbrechen aus dem Warschauer Pakt und zu einer blockfreien oder gar westlich orientierten Außenpolitik führen müsse. Dieser Entwicklungstrend an ihrer Südgrenze war für die DDR zweifellos gefährlich, weil damit die Kräfteverhältnisse in Mitteleuropa eine bedeutsame Veränderung erfahren hätten und eine stetige Auseinandersetzung mit Prager Argumenten erforderlich geworden wäre.

Vor der Intervention in der ČSSR

Im Sommer gab es einige für die SED-Führung zum Teil sehr unangenehme Reaktionen in einigen Bereichen, doch eine ernsthafte machtpolitische Gefahr für die orthodoxen SED-Führer gab es nicht. Für die Durchsetzung eines Reformkurses nach Prager Muster fehlten die entscheidenden Voraussetzungen, u. a. gibt es keine namhaften profilierten Reformkommunisten, die eine personelle Alternative zur gegenwärtigen Führung darstellen könnten, und im übrigen könnte die Sowjetunion mit ihren 20 in der DDR stationierten Divisionen viel leichter und wirkungsvoller jede nicht genehme Reformbewegung niederhalten. Heutzutage hat eine kommunistische Reformbewegung im übrigen nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie sich auf namhafte Parteikader in Schlüsselstellungen stützen kann und wenn diese sich stets der Grenzen ihrer gegebenen Aktionsfreiheit bewußt sind.

In der Kampagne gegen Prag wurden in der SED-Presse im Juli 1968 deutlich durch eigene Artikel bzw. durch den Abdruck von Artikeln aus der *Prawda* und anderen ausländischen Organen der Ernst der Lage aufgezeigt und die Prager Reformer mit Nachdruck davor gewarnt, eine konterrevolutionäre Entwicklung zu tolerieren bzw. gar selbst einen solchen Kurs einzuschlagen. Aus einigen internen, aber auch in die Presse lancierten Äußerungen ging eindeutig hervor, daß die anderen Partner des Warschauer Paktes aus den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und aus dem Sicherheitsbedürfnis für die sozialistische Völkergemeinschaft das Recht und die Pflicht ableiteten, „konterrevolutionäre Umtriebe“ bei einem ihrer Vertragspartner gegebenenfalls gewaltsam zu unterbinden.

In dem von Ulbricht mitunterzeichneten gemeinsamen Brief der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien

Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der Sowjetunion vom 15. Juli 1968 (Abdruck im „Neuen Deutschland“ am 18. Juli 1968) hieß es u. a.:

„Es war und ist nicht unsere Absicht, uns in solche Angelegenheiten einzumischen, die ausgesprochen innere Angelegenheiten Ihrer Partei und Ihres Staates . . . sind.

Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, Zusammenarbeit und Freundschaft vereinigten Staaten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Vertrag vereinigt haben . . .

Die Völker unserer Länder haben für den Sieg über den Hitlerfaschismus, für ihre Freiheit und Unabhängigkeit, für die Möglichkeit, den Weg des Fortschritts und Sozialismus gehen zu können, einen riesigen Blutzoll bezahlt und gewaltige Opfer gebracht. Die Grenzen der sozialistischen Welt haben sich bis in das Herz Europas bis zur Elbe und bis zum Böhmerwald vorgeschoben. Und wir werden niemals damit einverstanden sein, daß diese historischen Errungenschaften des Sozialismus, die Unabhängigkeit und Sicherheit aller unserer Völker in Gefahr geraten. Wir werden niemals zulassen, daß der Imperialismus auf friedlichem oder unfriedlichem Wege, von innen oder von außen eine Bresche in das sozialistische System schlägt und das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert.“

Leider wurde im Westen diese eindringliche Mahnung vordringlich nur als propagandistische Erklärung gedeutet, obwohl die großen Truppenmanöver der Sowjetunion, der DDR und Polens schon damals die Bereitschaft zur militärischen Intervention offenbarten. Es war zu erwarten, daß die Sowjetunion es nicht hinnimmt, daß in Mitteleuropa, im Zentrum ihrer Westfront, ein wichtiger Gliedstaat ihres Verteidigungssystems, der dazu noch unmittelbar an den „gefährlichsten europäischen Feind der Sowjetunion, bei dem der Revanchismus Staatsdoktrin ist“, grenzt, aus dem sozialistischen Machtbereich ausscheidet, und daß in einem solchen Falle die UdSSR ihre Staatsinteressen rücksichtslos, ungeachtet etwaiger zeitweiliger Rückschläge für die kommunistische Bewegung außerhalb des kommunistischen Machtbereiches und eines Unbehagens in einigen sozialistischen Staaten, zu Geltung bringen würde.

Nach der Konferenz von Preßburg

Die Gespräche zwischen den Politbüros der KPdSU und KPC in Schwarzau und die Konferenz der sozialistischen Nachbarstaaten der ČSSR in Preßburg endeten bekanntlich mit einem Kompromiß und bewahrten die ČSSR zunächst vor einer militärischen Intervention. Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden in den westlichen Massenmedien vielfach mit übertriebenem Optimismus beurteilt. Im Abschlußkommuniqué gab es wenige Passagen, auf die sich die Reformer, aber viele andere Passagen, auf die sich die Orthodoxen stützen konnten. Auffällig war, daß sich das Zentralkomitee der SED auf seiner Tagung (7. August 1968) „tiefbefriedigt“ über die Beratung von Preßburg äußerte und diese als „sehr positiv“ einschätzte. Es ist wahrscheinlich, daß die Prager Reformer bestimmte Verpflichtungen „zur Eindämmung der Konterrevolution“ neben dem offiziellen Kommuniqué übernehmen mußten.

Hinsichtlich Deutschlands gab es in der gemeinsamen Erklärung von Preßburg folgende konkrete Festlegung:

„Wir werden auch künftig in den europäischen Angelegenheiten konsequent die vereinbarte Politik durchführen, die den gemeinsamen Interessen der sozialistischen Länder und den Interessen der europäischen Sicherheit entspricht; wir werden auch künftig jedem Versuch eine Abfuhr erteilen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren und die bestehenden Grenzen in Europa zu verletzen; wir werden nach wie vor darauf bestehen, daß das Münchener Abkommen von Anfang an null und nichtig ist; wir werden entschieden die Deutsche Demokratische Republik, den sozialistischen Staat der deutschen Werktätigen, der die Sache des Frieden verteidigt, unterstützen; wir werden der kommunistischen Partei Deutschlands und allen jenen Kräften, die gegen Militarismus und Revanchismus für den demokratischen Fortschritt kämpfen, ständige Unterstützung gewähren“ (zit. nach „Neues Deutschland“, 4. 8. 68).

Angesichts der vorangegangenen Warschauer Konferenz sowie der Tangierung vitaler sowjetischer, mitteldeutscher und polnischer Interessen war nicht daran zu zweifeln, daß der Interpretierungsspielraum der Erklärung gering war und daß ein offensichtliches Abrücken in wichtigen Fragen von der Deklaration von Preßburg die militärische Einmischung der anderen Parteien veranlassen würde.

Da schon in Preßburg den Prager Reformern ein grundlegender außenpolitischer Kurswechsel unmöglich gemacht wurde, war die ČSSR genötigt, ihre beträchtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur mit Hilfe der Sowjetunion und der anderen Paktstaaten zu lösen.

Aus diesem Tatbestand ergeben sich aber in beträchtlichem Umfang Abhängigkeiten, wobei es der Sowjetunion und der wirtschaftlich-technisch besser situierten DDR auf Umwegen möglich ist, auch auf Einzelheiten der inneren Entwicklung in der ČSSR Einfluß zu nehmen. Die Annahme westlicher Wirtschaftshilfe in größerem Ausmaß dürfte für die Prager Reformer künftig unmöglich sein. Das vorübergehende Zugeständnis der Sowjetunion in Schwarzau und Preßburg war also kein Zeichen der Schwäche oder Ausdruck ihres Zurückweichens.

Aus einigen wenigen Eindrücken zwischen der Konferenz von Preßburg (3. August 1968) und dem Beginn der Intervention (21. August 1968) folgte die sowjetische Führung, daß die Prager Reformer nicht willens und fähig sind, die Vereinbarungen einzuhalten und daß angeblich sogar der „Rechtskurs“ verstärkt worden sei. Vor allem die offensichtlich betonte Annäherung der Prager Regierung nach der Konferenz von Preßburg gegenüber Jugoslawien und Rumänien schien den außen- und militärpolitischen Argwohn Moskaus und Ostberlins verstärkt zu haben. Offenbar berichtete auch Walter Ulbricht über sein Karlsbader Treffen mit Dubček (13. August 1968) sehr negativ nach Moskau. Gerade bei dieser Begegnung müssen sehr deutlich die alten Gegensätze zwischen reformerischer und orthodoxer Politik hervorgetreten sein, wobei erkennbar wurde, daß Dubček und seine Mannschaft in selbstbewußter Haltung die Beschlüsse von Preßburg viel weitherziger als Ulbricht auslegten. Die in Prag beginnende Unterschriftensammlung für die Abhaltung freier Wahlen war für Breschnew und Ulbricht ein weiteres Alarmsignal erster Ordnung.

Um jedes Risiko zu vermeiden, entschied man sich für die faktisch schon angekündigte und weitgehend vorbereitete militärische Intervention, um — wie es offiziell hieß — der Konterrevolution in der ČSSR den Weg zur Macht zu verlegen.

Die Berichterstattung der mitteldeutschen Presse war jedoch von Anfang an in dieser Angelegenheit ungewöhn-

lich freimütig. Der verbreitete Widerstand der Bevölkerung wurde aber als Ausdruck für die Größe der konterrevolutionären Gefahr dargestellt. Das eingestandene Ausmaß des Widerstandes wurde als Indiz dafür ausgegeben, daß buchstäblich fünf Minuten vor zwölf der Konterrevolution der Weg zur Macht verlegt wurde und daß ohne die „brüderliche Hilfe“ der Interventen der Sozialismus in der ČSSR beseitigt worden wäre. Unmittelbar nach der Intervention wurde den wichtigsten Prager Reformern offener Verrat an den Beschlüssen von Prefsburg vorgeworfen. Nach der Moskauer Konferenz vom 23. bis 26. August 1968, auf der die Führer der KPČ praktisch das Moskauer Diktat akzeptieren mußten, wurden die Prager Reformer nicht mehr als Verräter angeprangert.

Die Moskauer Führung und mit ihr vor allem die SED-Führung haben durch das Moskauer Diktat ihr Ziel erreicht. Der Prager Bazillus ist vorerst keine Gefahr mehr, wenngleich er noch nicht politisch-ideologisch, sondern nur administrativ-militärisch ausgeschaltet wurde. Bei der mitteldeutschen Bevölkerung hat die Intervention bei aller Sympathie für das tschechoslowakische Volk den Eindruck verstärkt, daß es keine Reformalternative zum Ulbricht-Regime geben kann. Zwar hat die Beteiligung der Nationalen Volksarmee der DDR in der westlichen Welt unliebsame Erinnerungen wachgerufen, wodurch zumindest vorerst Rückschläge bei der Durchsetzung der internationalen Anerkennung der DDR zu erwarten sind, doch machtpolitisch konnte die SED-Führung ihre Position unangefochten behaupten. Eine ernsthafte Verschlechterung der psychologischen Situation unter der Bevölkerung zuungunsten des Regimes ist in den kritischen Tagen nicht erkennbar geworden. Die SED-Propaganda ist gegenwärtig bestrebt, die DDR als ein Zentrum stabiler sozialistischer Ordnung erscheinen zu lassen. Stolz wird ein Ausspruch Walter Ulbrichts propagiert, daß die SED eine der stabilsten kommunistischen Parteien in der Welt ist.

Kurzinformationen

Am 2. September 1968 empfing Paul VI. den zyprischen Staatspräsidenten und Erzbischof Makarios III. in Castel Gandolfo in Privataudienz. Daß dieser Besuch mehr als ein bloßer Höflichkeitsbesuch war, geht aus einer Erklärung des Erzbischofs vor seinem Abflug nach Athen hervor, wonach sein Zusammentreffen „im Rahmen eines enger gewordenen Kontaktes und einer Zusammenarbeit zwischen der katholischen und orthodoxen Kirche, wie sie von Paul VI. und Patriarch Athenagoras I. begonnen wurden“, zu sehen sei (Kathpress, 3. 9. 68). Der „Osservatore Romano“ (2./3. 9. 68) teilte über den Besuchsablauf hinaus zum Inhalt der Gespräche nichts mit. Wenn auch der politische Aspekt des Besuches nicht übersehen werden darf, so wird dieser im Vatikan doch auch als ein weiterer Schritt im ökumenischen Annäherungsbemühen gewertet. In Nikosia hofft man, der Besuch von Makarios werde dazu beitragen, die traditionell schlechten Beziehungen zwischen beiden Kirchen zu verbessern. Diese standen bisher stets im Schatten der 500jährigen Herrschaft der Kreuzfahrer und Venezianer (1071—1571) über Zypern, in der die Orthodoxen lateinischen Bischöfen unterstellt waren. Dennoch hat der Besuch bei den orthodoxen Griechen Zyperns keinen Widerspruch ausgelöst. Hat sich doch seit der Beteiligung der mit Rom unierten Maroniten am zyprischen Befreiungskampf und durch ihre loyale Haltung zur Regierung das Verhältnis von Orthodoxen und Katholiken auf Zypern zum Besseren gewandelt. Auch sehen die

Chancen für Reformkommunismus minimal

Angesichts ihres Erfolges bei der ungestörten Durchsetzung der neuen Paß- und Visabestimmungen sowie den neuen Abgaberegungen im innerdeutschen Verkehr dürfte die DDR in Zukunft weiter den Hebel in Westberlin ansetzen, da dies angesichts der Insellage Westberlins, der Empfindlichkeit seiner Verbindungswege, der vielfältigen Verflechtungen der Westberliner Wirtschaft mit dem innerdeutschen Handel sowie des Fehlens originärer Rechte unzweifelhaft die schwächste Stelle ist. Da im Juni dieses Jahres weder die Bundesrepublik noch die dafür speziell zuständigen Westalliierten etwas Wirkungsvolles unternehmen konnten, ist die reale Möglichkeit vorhanden, daß die DDR — unterhalb der Schwelle eines mit Sicherheit zu erwartenden alliierten Engagements — ihr Aktionsterrain gegen Westberlin und den innerdeutschen Verkehr weiter maximal ausnutzen wird, zumal die Rechtslage hinsichtlich fixierter Abkommen für den deutschen Zivilverkehr recht ungünstig ist. Im Post-, Güter- und Personenverkehr hat die DDR ihren Aktionsspielraum bisher noch keineswegs voll ausgenutzt.

Die SED-Führung wird weiterhin danach trachten, die DDR vor allem wirtschaftlich und politisch zu stärken, Liberalisierungstendenzen abzuwehren und sehr sorgfältig die Entwicklung in der ČSSR zu verfolgen.

Innenpolitisch wird die SED bestrebt sein, die Zügel fest in der Hand zu behalten und nur in Randfragen der Bevölkerung Konzessionen zu machen. Da die SED auf politisch-ideologischem Gebiet mit der Abwehr von Aufweichungserscheinungen vordringlich beschäftigt und im übrigen nicht an einer Zunahme innerer Spannungen interessiert ist, dürfte sie auf kirchenpolitischem Gebiet vorerst keine neuen Initiativen und Maßnahmen einleiten, sondern sich diesbezüglich mit dem gegebenen Status quo zufrieden geben. Erleichterungen nennenswerter Art sind jedoch nicht zu erwarten.

zyprischen Orthodoxen den Besuch Makarios' III. beim Papst mehr unter der Rücksicht, die nicht sehr günstige öffentliche Meinung im Weltkatholizismus über das Doppelspiel des Kirchenfürsten und Staatspräsidenten im positiven Sinne zu beeinflussen. Ob freilich Makarios zwischen Athen und Rom vermitteln können, dürfte allerdings fraglich bleiben.

Mit **ethischen Normen der Experimentalmedizin** befaßte sich Anfang September 1968 eine internationale Konferenz von 48 Wissenschaftlern im Ökumenischen Institut zu Bossey bei Genf. Der beigeordnete Direktor des Instituts, der reformierte Theologe *H.-R. Weber*, Gast des Laienweltkongresses 1967 in Rom, stellte Einigkeit darüber fest, daß die Auswirkungen etwa der biomedizinischen Forschung, die bald die menschliche Erbsubstanz werde wahlweise verändern können, mindestens so brennende Probleme seien wie die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen oder die Drohung einer Vernichtung durch die Atombombe. Unter den Naturwissenschaftlern befanden sich auch Theologen, Philosophen und zwei Juristen. Die Konferenz war darüber besorgt, daß die Notwendigkeit einer ethischen Bewältigung der zweischneidigen Möglichkeiten moderner Medizin auf dem Gebiet der Organverpflanzung, der Molekularbiologie, der Humangenetik und der Hormonforschung weithin noch nicht gesehen werde, und viele Forscher äußerten sich beunruhigt über die ethischen Konsequenzen ihrer Ent-